

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 81

29. April 1981

Jürgen Böddrich MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD in Bayern, fordert: Die Kirche muß "raus aus dem Dorf". Seite 1

Liesel Hartenstein MdB stellt die Frage, ob bei Schlachtpferdetransporten alles in Ordnung ist; Das Tier ist keine bloße Ware. Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier MdL kommentiert den Rücktritt des niedersächsischen Wissenschaftsministers; Albrechts Personalkonzept gescheitert. Seite 5

Dokumentation

Malaufruf der Sozialistischen Internationale: Alle Kraft für das Überleben der Menschheit. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Die Kirche muß "raus aus dem Dorf"

Die SPD lädt ein, alle denkbaren Fragen kontinuierlich zu diskutieren

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL
Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern
Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Kritische Äußerungen des Bundeskanzlers sowie der Versuch des Bundespräsidenten, den Kirchen, jedenfalls der evangelischen Kirche, einen Maulkorb umzuhänge, haben erneut zu einer Diskussion über das Verhältnis von Politik und Kirche geführt. Zu diesem Themenbereich zwei Thesen:

1. Das Verhältnis Politik-Kirche ist in der Bundesrepublik problematisch, weil eine Partei mit ihrem C den christlichen Monopolanspruch erhebt; da die Kirchen dies stillschweigend billigen, nehmen sie in Kauf, daß christliche Mitglieder anderer Parteien in Loyalitätskonflikte geraten.
2. Das Verhältnis Politik-Kirche ist nicht deswegen problematisch, weil Vertreter der Kirchen sich zu oft über politische Fragen äußern, sondern weil sie sich zu wenig äußern.

Die erste These bedarf kaum einer Erläuterung. Es ist einfach ein Unding, daß die Tradition und die Werte des

Printed in Germany
on 100% recycled paper
Kerzberg-Print



Christentums parteipolitisch ausgeschlachtet werden. Es ist ein Unding, daß die SPD gezwungen ist, immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie trotz des fehlenden C ebenfalls christliche Grundwerte vertritt.

Die zweite These mag überraschen. Weithin wird immer noch die Meinung vertreten, die Kirchen hätten sich auf die Beschäftigung mit dem Jenseits zu beschränken - sie hätten jedenfalls zu tagespolitischen Themen zu schweigen. Ich teile diese Auffassung nicht. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die Kirche "raus aus dem Dorf" sollte, daß ihre Vertreter sich möglichst oft und vielfältig zu politischen Fragen äußern sollten.

Vor der Bundestagswahl 1980 gab es den bekannten Wahlhirtenbrief der katholischen Amtskirche. Dieser war nicht deswegen höchst problematisch, weil er sich über die Staatsverschuldung ausließ, sondern weil er die Staatsverschuldung nur zum Vorwand nahm, um eine Wahlempfehlung auszusprechen. Hätte die Amtskirche sich zur ganzen Palette der aktuellen Fragen geäußert, wäre daraus niemals eine indirekte Anpreisung einer bestimmten Partei geworden. Vielmehr wäre dann sichtbar geworden, daß sich auch in der Kirche die Pluralität der Meinungen und Parteien widerspiegelt.

Je mehr die Kirche sich aktuell äußert, desto eher ist ein ständiger Dialog mit ihr möglich. Dann würden Hirtenbriefe nicht mehr monolithisch und unanfechtbar erscheinen. Stattdessen entstünde ein nuancenreiches Bild von dem, was in der Politik christlich sein kann. In den Kirchen ist ein beträchtlicher Sachverstand versammelt. Warum sollte dieser nicht viel mehr als bisher für die politische Diskussion genutzt werden? Warum sollten die Kirchen sich nicht ebenso wie zum Paragraphen 218 und zur Staatsverschuldung auch über die zahlreichen Themen des Arbeitslebens, der Jugend, der Gleichstellung und so weiter äußern? Die evangelische Kirche tut dies in verstärktem Maße bereits. Und da sie sich legitimerweise auch zu Fragen der Abrüstung und der Friedenspolitik äußert, wird sie vom Bundespräsidenten plötzlich gescholten. Dies nenne ich scheinheilig. Denn der Herr Bundespräsident hat nur Anstoß daran genommen, daß Teile der evangelischen Kirche in dieser Frage nicht auf der Linie der Union liegen. Aber beim Wahlhirtenbrief haben die werten Unionspolitiker gejubelt!

Die SPD lädt die Kirche ein, mit ihr über alle denkbaren Fragen kontinuierlich zu diskutieren. Aus Grundwerten lassen sich nicht immer zwingend konkrete politische Verhaltensweisen ableiten. Weder in der Bibel noch im Godesberger Programm kann nachgelesen werden, wieviel Verteidigungsbereitschaft die Bundesrepublik benötigt oder ob ein weiteres Kernkraftwerk gebaut werden muß. Wohl aber müssen fällige Einzelentscheidungen daran gemessen werden, ob sie mit ethischen Grundhaltungen vereinbar sind. Für diese Abwägung ist der Beitrag der Kirchen unabdingbar. (-/29.4.1981/ks/oa)

+ + +



Das Tier ist keine bloße Ware

Bei Schlachtpferdetransporten alles in Ordnung?

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Vor dem von dem Schweizer Tierschützer Franz Weber gegründeten "Internationalen Gerichtshof für Tierrechte" in Genf wurde vor einigen Wochen Anklage erhoben wegen der heute üblichen Praxis der Pferdetransporte durch die Bundesrepublik und Frankreich. Jährlich werden rund 150.000 bis 170.000 Schlachtpferde - teils auf der Schiene, teils auf der Straße - durch die Bundesrepublik befördert. Sie kommen vorwiegend aus Polen, der DDR und der UdSSR. Hauptabnehmer sind Frankreich und Italien.

Der Vorwurf lautete, bei diesen Transporten werde das Tierschutzgesetz häufig massiv verletzt. Augenzeugen legten ihre Berichte und Dokumente vor. Der "Gerichtshof" erhob daraufhin die Forderung nach einem Verbot des Transports lebender Tiere; das in den romanischen Ländern begehrte Pferdefleisch sollte vielmehr in Kühlwaggons an die jeweiligen Bestimmungsorte befördert werden. Dagegen sträuben sich jedoch die Händler, denn offenbar ist der Transport per Kühlwaggon erheblich teurer als der Lebendtransport; außerdem wollen die Verbraucher Frischfleisch haben.

Auf meine an die Bundesregierung gerichtete parlamentarische Anfrage antwortete das Bundesverkehrsministerium, die in Genf erhobenen Vorwürfe träfen für den Bereich der Deutschen Bundesbahn nicht zu. Eine Kommission, der mehrere Vertreter nationaler und internationaler Tierschutzvereinigungen angehörten, habe auf Einladung der Bundesbahn am 18. März den Verladebahnhof Bebra an der Grenze zur DDR besichtigt und dort im Hinblick auf die Versorgungseinrichtungen und den Veterinärdienst keinen Anlaß zu Beanstandungen gesehen. Was die Transportzeiten anbetrifft, so würden die Bestimmungen des "Europäischen Übereinkommens über den Schutz von lebenden Tieren beim internationalen Transport" voll eingehalten. Der Normaltransport brauche von Bebra bis zum französischen Grenzbahnhof Apach 17 Stunden; bei "genügend hohem Aufkommen" stelle die Bundesbahn einen Schnellgüterzug zusammen, der die Strecke in acht Stunden zurücklege. Spezialwaggons für die Tiertransporte seien nicht nötig, das geeignete Beförderungsmittel seien gedeckte Wagen.

Ist beim Pferdetransport wirklich alles in Ordnung? Berichte und Fotodokumente einzelner Tierschützer, die unangemeldet auf den Grenzbahnhöfen und auf Autobahnraststätten solche Transporte beobachtet haben, sprechen eine andere Sprache. So beispielsweise die Journalistin Heinke Ballin, Mitarbeiterin der "Hamburger Morgenpost", die in der



Nacht zum 21. Dezember 1980 Bebra besucht hat. Auch sie hat die Versorgungsanlagen sauber und korrekt vorgefunden, aber festgestellt, daß zwei plombierte Waggon, die sich auf einem Abstellgleis befanden, bereits seit fünf Tagen unterwegs waren. Am 16. Dezember waren sie in ihren Ausgangsorten abgegangen, seit 19. Dezember standen sie in Bebra. Dort vergingen also zwei volle Tage, bis der Weitertransport nach Frankreich erfolgte.

Das "Europäische Abkommen" schreibt in Artikel 6 vor: "Während des Transports sind die Tiere in angemessenen Abständen mit Wasser und geeignetem Futter zu versorgen. Die Tiere dürfen dabei nicht länger als 24 Stunden ohne Futter und Wasser bleiben. Diese Frist kann jedoch verlängert werden, wenn die Tiere den Entladeort innerhalb eines angemessenen Zeitraums erreichen." Als noch "angemessen" gilt eine Frist von 28 Stunden! Ein Pferd braucht täglich cirka 30 Liter Wasser. Ist wirklich gewährleistet, daß die Tiere ordnungsgemäß betreut, daß während der Fahrt erkrankte oder verletzte Tiere alsbald tierärztlich behandelt und notfalls geschlachtet werden, wie es Artikel 12 vorschreibt? Die Schätzungen der während des Transports verendeten Tiere reichen von weniger als ein Prozent nach Angaben der Deutschen Bundesbahn bis zu einem Anteil von fünf bis zehn Prozent nach Berechnungen der Tierschutzverbände, ja in Extremfällen sogar bis zu 20 Prozent. Am schwersten zu kontrollieren sind naturgemäß die Verlustzahlen und die Einhaltung der genannten Bestimmungen beim Straßentransport. Französische Tierschützer haben mehrfach festgestellt, daß schwerverletzte und tote Tiere bis zum Bestimmungsort weiter mitbefördert wurden.

Dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags liegt derzeit eine Massenpetition mit über 250.000 Unterschriften vor, die erschreckendes Fotomaterial enthält. Der Aufschrei kommt nicht von ungefähr. Verschmutzte, halbverdurstete, verletzte und totgetrampelte Tiere weisen auf Mißstände hin, die schleunigst beseitigt werden müssen. Unwiderlegt ist bis heute auch die Aussage, daß der Weitertransport von der saarländischen Grenze nach den französischen Bestimmungsorten oft bewußt verzögert wird, weil die Importeure wegen der zu erzielenden Preise den günstigsten Termin abwarten wollen.

Es ist dringend zu fordern: Eine striktere Einhaltung der Vorschriften des "Europäischen Abkommens", dem alle beteiligten Länder beigetreten sind; strengere Kontrollen durch die Polizei sowie durch die den Länderbehörden unterstehenden Veterinärdienste; entsprechende Sanktionen beziehungsweise Entzug der Importlizenzen bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Transport- und Versorgungsbestimmungen; Prüfungen der Einführung von Spezialfahrzeugen und Spezialwaggon für Tiertransporte.

Das Tier ist keine bloße Ware, es ist zugleich auch ein Geschöpf. Humanität - oder eben der Mangel an Humanität - zeigt sich auch darin, wie wir mit Tieren umgehen.

+ + +

(-/29.4.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Albrechts Personalkonzept gescheitert

Minister Pestel hinterläßt ein Chaos

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Hochschulpolitische Sprecherin der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Der niedersächsische Ministerpräsident hat sich des größten Schwachpunktes seines Kabinetts entledigt. Gleichzeitig hat er damit ungewollt deutlich gemacht, daß das Bild eines entscheidungsstarken souveränen Regierungschefs eine Fassade ist.

Der Minister für Wissenschaft und Kunst Eduard Pestel hat sein Ressort nie wirklich geleitet, er war von Anfang an den Anforderungen an einen Politiker nicht gewachsen; er hatte weder ein Konzept, noch durchgängige Grundsätze, er hatte keine politische Erfahrung und war unfähig, neue Erfahrungen aufzunehmen (und daraus zu lernen). Schon 1978 hätte Albrecht daraus die Konsequenzen ziehen müssen; seit 1979 werden Alternativen gehandelt; spätestens direkt nach der Bundestagswahl 1980 war die Ablösung überfällig.

Dennoch war Albrecht unfähig, zu einer Entscheidung zu kommen. Natürlich macht die Ablösung Pestels noch einmal schonungslos deutlich, daß das Personalkonzept Albrechts gescheitert ist: Die liberale Offenheit und Weite durch Leisler Kiep, Pestel, Breuel und Schwind repräsentiert, war eine Seifenblase; der einzige, der das Konzept repräsentieren konnte, ist gegangen, Pestel und Schwind waren dem politischen Geschäft nicht gewachsen, ihre Liberalität hatte sich schon in ihren wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen erschöpft, Breuel erwies sich als ideologisch reine Konservative.

Man kann also verstehen, daß Albrecht den Offenbarungseid nicht gern leisten mochte. Der Versuch, Pestel nun nochmals als zusätzlichen Minister mit Sonderaufgaben zu betrauen zeigt, wie schwer sich der Regierungschef tut, die Realitäten zu sehen und Schlüsse zu ziehen. Dennoch sah auch Albrecht, daß man mit Hochschulpolitik zwar keine Wahlen gewinnen kann; aber daß man mit einer schlechten Hochschulpolitik sehr wohl Wahlen verlieren kann.

In Niedersachsen sind cirka 120.000 Menschen Mitglieder einer Hochschule, wenn man Angehörige hinzunimmt, kann man sich leicht einen Kreis von rund 500.000 Betroffenen ausrechnen.

Das totale Versagen des bisherigen Hochschulministers war also für die Regierung eine nicht zu unterschätzende Belastung, zumal er sich keiner parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Opposition gewachsen zeigte.

Die mangelnde politische Erfahrung und Entscheidungsunfähigkeit des Ministers Pestel hat nach mehr als fünfjähriger Tätigkeit dazu geführt, daß der Hochschulausbau zum Chaos geworden ist.

Die Ausbautzahlen wurden drastisch verringert, ohne daß dabei Geld gespart wurde.

Die Studienplätze, die dennoch gebaut werden sollen, stehen für die geburtenstarken Jahrgänge zu spät zur Verfügung. Das Konzept eines ausgeglichenen regionalen Studien-



platzangebots in Niedersachsen ist gescheitert, weil die Studenten trotz Überfüllung voll ausgebaute Hochschulen bevorzugen, diese Hochschulen auch Überlastzahlen besser verkraften können und so gegen die Planungen der Landesregierung eine Ausweitung der traditionellen Hochschulen auf Kosten der neuen Hochschulen erzwungen worden ist.

Vor allem der Ausbau der Neugründungen Osnabrück und Oldenburg ist durch diese Politik auf der Strecke geblieben. Dieses bedeutet nicht nur einen Rückschlag für das Ziel, mehr Bildungschancen in allen Regionen des Flächenstaates Niedersachsen vorzuhalten, sondern bringt auch unmittelbare Infrastrukturbelastungen für die traditionellen Hochschulstädte, insbesondere Göttingen.

Minister Pestel zeichnet verantwortlich für eine Politik der Eingriffe in die Hochschulselbstverwaltung und die Beschneidung der Mitbestimmungsrechte der Hochschulmitglieder durch die Hochschulgesetzgebung und durch eine sinnlose Fülle von Erlassen. Seine Verwaltung war weder technisch noch politisch in der Lage, die Frage der Überleitung und Übernahme des wissenschaftlichen Personals zu bewältigen. Zwischen den Forderungen der Lobbyisten des Hochschulverbandes und seinen eigenen Überzeugungen hin- und hergerissen, kam Pestel zu keiner Entscheidung. Er legte eine zweite Novelle zum niedersächsischen Hochschulgesetz vor, die in wesentlichen Punkten von seiner eigenen Fraktion kassiert wurde.

Der angesehene Wissenschaftler Pestel schränkte als Minister die Wissenschaftsfreiheit so ein, wie kein Wissenschaftsminister oder Kultusminister vor ihm. Der Fall Brückner wirft nur ein Schlaglicht; viel kennzeichnender sind Nachfragen und Dienstanhörungen bei Wissenschaftlern wegen Äußerungen, die sie in wissenschaftlichen Veranstaltungen - einwandfrei geschützt durch Artikel 5 GG - getan hatten.

Der Minister, der von Anfang an die Probleme nicht in den Griff bekam, rettete sich hinter seinen Ruf als international anerkannter Wissenschaftler, und versuchte Albrecht durch die Aufgabe seiner anfänglich durchaus liberalen Gesinnung zu gewinnen.

Die Schwäche der Regierung Albrecht wird sinnfällig in der Wahl des Nachfolgers Cassens. Selbst Insider kennen ihn kaum, von Hochschulpolitik versteht er so viel wie jeder, der vor 25 Jahren studiert hat und im übrigen als konservatives Bürgerschaftsmitglied in Bremen gegen die Reformuniversität Bremen polemisiert hat. Die Ablösung Pestels war überfällig; aber die neue Wahl bietet kaum hoffnungsvolle Perspektiven für eine bessere Hochschulpolitik.

(-/29.4.1981/Ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Sozialistische Internationale hat sich zum 1. Mai mit folgendem Abrüstungsappell an die Öffentlichkeit gewandt.

Alle Kraft für das Überleben der Menschheit

Die Waffenarsenale der Staaten befinden sich heute auf einem Stand, der ausreicht, das menschliche Leben auf unserem Planeten mehrfach auszulöschen. Dennoch wird nahezu die Hälfte der naturwissenschaftlichen Intelligenz der Welt weiterhin auf militärische Entwicklungen verwandt. Ein zunehmender Anteil des Bruttosozialprodukts wird für zerstörerische Zwecke verwendet, immer mehr Arbeitskräfte arbeiten in der Rüstungsindustrie. Der tödliche Handel mit Waffen weitet sich aus. Lokale Kriege gehören zum alltäglichen Leben. Neue und immer gefährlichere Waffensysteme lassen das Risiko einer Katastrophe täglich anwachsen.

Die Sozialistische Internationale ruft die Menschen in der Welt auf, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung, Frieden und Fortschritt einzusetzen.

Der Rüstungswettlauf, die ständige Gefahr einer großen kriegerischen Auseinandersetzung, bewaffnete Interventionen in anderen Ländern, Kriege und Gewalttaten sind das größte Hindernis für eine humane Entwicklung. Sie verschlingen enorme Geldmengen, die dringend für eine konstruktive Entwicklung und Zusammenarbeit benötigt werden. Sie vertiefen Unsicherheit und Furcht und verbreiten Mißtrauen unter den Völkern.

Gerade die Dritte Welt leidet schwer unter dem Zustrom von Waffen. Denn dies bedeutet nicht nur eine finanzielle Belastung für ihre ohnehin angespannte Wirtschaftslage, sondern ist auch geradezu eine Einladung, Konflikte mit Nachbarländern anzuzetteln. Der so dringend notwendige Nord-Süd-Dialog muß das Wettrüsten in den Entwicklungsländern mit einbeziehen. Wir rufen gleichermaßen die Regierungen in den betroffenen Regionen und die Supermächte auf, ihre Waffenpotentiale beträchtlich zu verringern, weil das unnötige Horten von Waffen nichts zum berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Völker beiträgt.

Nur die feste Entschlossenheit aller Völker, den Weg einer durch internationale Vereinbarungen garantierten Sicherheit und Zusammenarbeit einzuschlagen, kann die Entwicklung umkehren.

Die Sozialistische Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien haben sich verpflichtet, sich mit allem Nachdruck für ein Sicherheitssystem einzusetzen, das sich nicht auf Waffen, sondern auf gerechte Kooperation und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Völkern gründet. Wir rufen alle Menschen, gleich welcher politischer Überzeugung auf, bei den Bemühungen um Abrüstung, Frieden, Entspannung und internationale Zusammenarbeit ihren Beitrag zu leisten.

Auf nationaler Ebene sollten die Bürger auf ihre jeweiligen Regierungen einwirken, damit diese sich für eine Politik des Friedens und der Abrüstung einsetzen. Jeder einzelne kann sich für diese Ziele und gegen eine allgemeine Militarisierung engagieren.

Im internationalen Bereich ist es wichtig, die Anstrengungen der UNO in Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung zu unterstützen und Druck auf die Supermächte auszuüben, damit diese sich entschlossener um Rüstungsbegrenzung - auch regional - und um vertrauensbildende Maßnahmen bemühen.

Dazu gibt es keine Alternative. Das wichtigste ist der politische Wille. Die Völker müssen endlich über alle nationalen Interessen und unterschiedlichen Überzeugungen hinaus alle Kraft einsetzen, die elementaren Voraussetzungen für das Überleben der Menschheit zu schaffen: Frieden und Abrüstung.
(-/29.4.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

